

ARBEITSZEIT OST: AUFFORDERUNG ZU BETRIEBLICHEN VERHANDLUNGEN AUF DEM WEG



Am 22. Oktober hat die IG Metall Bezirksleitung die Aufforderung zu betrieblichen Verhandlungen über einen Ergänzungsstarifvertrag zum Thema Arbeitszeitverkürzung in Ostdeutschland auf den Weg gebracht. Diesen Schritt gehen wir, nachdem in acht Verhandlungen bis zum 30. September keine belastbaren Vereinbarungen mit den Arbeitgebern möglich waren.

Damit gehen wir jetzt gemeinsam – Betrieb für Betrieb – die Verkürzung auf 35-Wochenstunden an. In den angeschriebenen Betrieben werden in den nächsten Wochen Tarifkommissionen gewählt, wenn dies noch nicht geschehen ist.

»Nachdem eine Einigung im Format der Flächentarifverhandlungen

nicht möglich war, gehen wir jetzt auf die betriebliche Ebene«, sagt Olivier Höbel, IG Metall Bezirksleiter Berlin-Brandenburg-Sachsen. »Mit dem Anschreiben haben wir die Arbeitgeber an ihre Verantwortung erinnert, den Beschäftigten eine gleiche Behandlung zwischen Ost und West zu garantieren.«

Friedenspflicht heißt nicht Friedhofsruhe

Mit dem Thema Arbeitszeit sind wir in der Friedenspflicht. Trotzdem machen wir in den Betrieben die 35-Stunden-Woche zum Thema. Dazu informiert Euch die IG Metall vor Ort.

Die Arbeitgeber machen uns den Vorwurf, die IG Metall würde »eine rasche und differenzierte Arbeitszeitabsenkung um drei Stunden pro Woche mit vollem Lohnausgleich« fordern. Tatsächlich hat die IG Metall über lange Laufzeiten bei der Einführung der Arbeitszeitverkürzung, zusätzliche Arbeitszeitflexibilisierung und betriebliche Ausgestaltungsmöglichkeiten sowie eine teilweise Kostenkompensation mit den Arbeitgebern verhandelt. Am Ende waren sie aber nicht bereit, belastbare Ergebnisse zu unterschreiben.



Olivier Höbel

In die nächste Runde der betrieblichen Verhandlungen gehen wir gestärkt mit der Solidarität der gesamten

IG Metall. Auf dem Gewerkschaftstag hat Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall, mehrmals die Bedeutung der 35-Stunden-Woche im Osten Deutschlands betont. In seiner Begrüßung der Bundeskanzlerin sagte er: »30 Jahre nach dem Mauerfall haben wir in der Metall- und Elektroindustrie bis heute die Verweigerung der Arbeitgeber zur Angleichung der Tarifverträge. Wir halten diese Verweigerung der sozialen Einheit für unerträglich.«

